

Ideologie statt Wissenschaft? Der schwere Vorwurf gegen das Umweltbundesamt

Welt, 16.01.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus249511598/Biosprit-klimaschaedlich-Ideologie-Vorwurf-gegen-Umweltbundesamt.html>

Die Beimischung von Biosprit liefert den größten Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrs. Doch laut Umweltbundesamt ist sie klimaschädlich. Mehrere Verbände und Experten kritisieren die Einschätzung scharf. Zwischen den Zeilen schwingt ein heikler Verdacht mit.

Als die Denkfabrik Agora Energiewende zum Jahreswechsel eine Bilanz des Klimaschutzes zog, war die Botschaft durchwachsen: Deutschland stößt zwar weniger Treibhausgas CO₂ aus. Doch ein wesentlicher Grund dafür ist der Produktionsrückgang der Industrie. Beim eigentlichen Klimaschutz hapert es dagegen. Grünen-Chefin Ricarda Lang brauchte nicht lang, um einen Schuldigen für die Misere auszumachen: Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP). „Das Verkehrsministerium“, so Lang, „muss dringend einen Plan vorlegen, wie die Klimaziele im Verkehrssektor erreicht werden sollen.“

Allerdings legt ausgerechnet die Umweltbürokratie Wissing im Klimaschutz immer wieder Steine in den Weg – und spielt dabei möglicherweise auch nicht immer fair. Das jedenfalls behauptet jetzt der Deutsche Bauernverband (DBV) gemeinsam mit fünf Bioenergie-Verbänden in einem Protestschreiben an den Präsidenten des Umweltbundesamtes (UBA), Dirk Messner.

In dem Brief, der WELT AM SONNTAG vorliegt, fordern DBV-Generalsekretär Bernhard Krüsken und seine Mitstreiter von Messner nicht weniger als eine „öffentliche Korrektur“ der – so ihr Vorwurf – seit Jahren „fehlerhaften und veralteten Darstellungen“ in Sachen Biosprit.

Die Bauern machen damit noch einmal an einem konkreten Beispiel deutlich, was sie an der Umweltpolitik stört: Wegen einer aus ihrer Sicht „einseitigen“ und „falschen“ Bewertung von Biosprit durch die zentrale Umweltbehörde der Bundesregierung droht ihnen bald ein wichtiger Absatzmarkt wegzubrechen.

Bei den Verarbeitern der Agrar-Biomasse geht es sogar um die Existenz: Der Bundesverband Bioenergie, der Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie und der Verband der deutschen Bioethanolwirtschaft schließen sich deshalb dem Protestschreiben an, ebenso die in den Verbänden OVID und Ufop organisierten Vermarkter von Ölsaaten und Betreiber von Ölmühlen. Der Sektor beschäftigt in Deutschland rund 20.000 Menschen.

Denn den größten Beitrag zur Dekarbonisierung des Verkehrs liefert nun einmal die Vermischung von Benzin und Diesel mit Biosprit aus Anbaubiomasse. Jeder tankt einen entsprechenden prozentualen Mix zum Beispiel als E10 an der Zapfsäule.

Doch genau diese Klimaschutz-Option soll aus Wissings Instrumentenkasten verschwinden, wenn es nach dem Willen des Umweltbundesamtes geht: „Der Anteil von Kraftstoffen auf Basis von Anbaubiomasse sollte weiter sinken und mittelfristig

sollte darauf verzichtet werden“, fordert die Behörde. Sie nahm Biokraftstoffe aus Pflanzenanbau trotz der Vorsilbe „Bio“ in ihren Bericht „Umweltschädliche Subventionen in Deutschland“ auf. Sie will nur noch Biosprit aus Abfällen oder Reststoffen zulassen.

Die Behörde begründet ihre seit Jahren gepflegte Abneigung gegen Biosprit aus Pflanzenanbau auch klimapolitisch: Häufig würden „wertvolle naturnahe Flächen und Habitate“ in Wachstumsflächen für Biomasse umgewandelt, „was zu einer hohen Freisetzung von Treibhausgasen (iLUC)“ führe, heißt es im Subventionsbericht. Indem der Energiepflanzen-Anbau andere Agrarprodukte auf bislang ungenutzte Flächen abdränge, trage dies „zur Verschlechterung der Treibhausgasbilanz“ bei. Dieser Verdrängungseffekt wird „indirect land use change“, kurz iLUC genannt.

Um die Schädlichkeit des iLUC-Effekts auf die Klimabilanz von Biosprit zu unterstreichen, verweist die Behörde im jüngsten Subventionsbericht auf eigene Berechnungen aus dem Jahr 2013 sowie eine Wissenschaftlergruppe unter Leitung von Vassilis Daioglou von der Universität Utrecht.

Nur: Die UBA-Berechnungen von 2013 scheinen veraltet und der Experte Daioglou sagt in Wirklichkeit genau das Gegenteil von dem, was das Umweltbundesamt behauptet: „Es ist unmöglich, den tatsächlichen iLUC, der aus der Biokraftstoffproduktion resultiert, zu kontrollieren oder zu bestimmen“, heißt es seiner Studie aus dem Jahre 2020: „Dies macht iLUC zu einem schlechten Leitprinzip für die Landnutzungs- und Klimapolitik und hilft nicht bei der Bestimmung der Treibhausgasbilanz von Biokraftstoffen.“

Wackelige, hypothetische Annahmen?

Das sieht Matthias Finkbeiner vom Institut für technischen Umweltschutz an der TU Berlin ganz ähnlich. Er lässt an der iLUC-Theorie kein gutes Haar: „Indirekte Landnutzungsänderungen lassen sich weder beobachten noch messen“, stellt Finkbeiner in einem Gutachten für die Biokraftstoffbranche klar: „Die iLUC-Quantifizierung stützt sich auf theoretische Modelle, die ihrerseits vorrangig auf hypothetischen Annahmen und Marktprognosen basieren.“

Finkbeiner, dessen Studien auch vom Weltklimarat IPCC zitiert werden, macht das Problem mit einem Kühlschranks-Beispiel deutlich: Wenn sich eine Familie einen stromsparenden Kühlschrank kauft, scheint das zunächst gut für den Klimaschutz zu sein. Wenn die Familie das gesparte Geld dann aber für einen Inlandsflug ausgibt, ist der Klimaschutzeffekt dahin – dies müsste vom Kühlschrankkauf abgezogen werden. „Das hätte zur Folge, dass vom Kauf eines stromsparenden Kühlschranks abzuraten wäre“, beschreibt Finkbeiner die bizarre Folge der iLUC-Denkweise: „Die Diskussion macht deutlich, dass die gegenwärtigen iLUC-Quantifizierungsmethoden noch in den Kinderschuhen stecken, sehr theoretisch und methodisch nicht gut durchdacht sind.“

Auch der UN-Weltklimarat hält wenig bis nichts von dem Konzept. Schätzungen der Emissionen von iLUC seien „von Natur aus unsicher“ und „hängen stark von Modellannahmen ab“, mahnt der IPCC in einem Sonderbericht. iLUC-Faktoren liegen bei einigen Studien um 200 Prozent unter dem Wert für fossile Kraftstoffe – und in anderen um 1700 Prozent darüber. Bei diesen Differenzen ergibt selbst eine

Durchschnittsbetrachtung keinen Sinn mehr. „Es besteht wenig Vertrauen in die Zuordnung der Emissionen von iLUC zur Bioenergie“, lautet das Fazit des IPCC.

Erkenntnisse, von denen das Umweltbundesamt offenbar nichts wissen will. Die Behörde beruft sich weiter auf die umstrittene Theorie, um Kraftstoffe aus Anbaubiomasse zu Klimasünden zu erklären. Es drängt sich der Eindruck auf, dass das UBA mit seinem „einseitigen pauschalen Befund (...) im politischen Meinungsstreit einseitig Stellung bezieht“, kritisieren Bauern- und Biosprit-Verbände in ihrem Brief. Das Amt solle endlich „eine ideologiefreie Analyse“ zur Anbaubiomasse liefern.

Zwischen den Zeilen schwingt ein Verdacht mit, den viele in der Szene nur hinter vorgehaltener Hand äußern: Dem Bundesamt gehe es wie der Regierung insgesamt wohl nur darum, alle Alternativen zum Elektroauto unmöglich zu machen, um so das Aus des Verbrennungsmotors zu beschleunigen. „Wir erwarten, dass das UBA falsche und veraltete Aussagen zu indirekten Effekten durch Biokraftstoffe an den aktuellen Stand der Wissenschaft anpasst“, heißt es in dem Schreiben an UBA-Präsident Messner: „Das Beharren auf nicht haltbare Aussagen schadet der Reputation des UBA und widerspricht dem gesetzlichen Auftrag Ihrer Behörde.“ Eine „öffentliche Korrektur“ sei „dringend geboten“. Eine Reaktion des UBA lag WELT AM SONNTAG bis Redaktionsschluss nicht vor.

Die Branche verweist darauf, dass der positive Klimaeffekt ihres Kraftstoffs schließlich von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung anerkannt werde: Laut dieser Behörde aus dem Zuständigkeitsbereich des Landwirtschaftsministeriums haben nachhaltige Biokraftstoffe aus Anbaubiomasse im Jahr 2021 etwa 7,7 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen stoßen Biokraftstoffe im Durchschnitt 84 Prozent weniger Treibhausgase aus.

Besonders verdächtig scheint den Unterzeichnern, dass das Amt in Sachen iLUC offenbar auf einem Auge blind ist. Denn der „Erfinder“ der Theorie, Princeton-Professor Timothy Searchinger, hatte mit dem schwedischen Experten Stefan Wirsenius auch vorgerechnet, dass nach iLUC-Sichtweise sogar der Öko-Landbau wegen seines größeren Flächenbedarfs einen Klima-Malus hat. Dass das UBA deshalb nun vom Bio-Landbau abrät, ist allerdings nicht bekannt. Die Energiepflanzen-Branche sieht darin eine Ungleichbehandlung. Wäre die Umweltbehörde unvoreingenommen, müsste sie das Konzept auf alle Agarprodukte anwenden, fordern die Verbände deshalb in ihrem Brief: „iLUC für alle oder iLUC für keinen.“